

## **Neue Wirtschaftsdemokratie – Überlegungen zur Neubegründung und zur Reichweite eines nur vermeintlich unzeitgemäßen Konzepts**

### **1. Vorbemerkung**

Angesichts der multiplen Krisenentwicklungen in der Folge des neoliberalen Rollbacks der vergangenen Jahrzehnte ist Wirtschaftsdemokratie bemerkenswerter Weise wieder zu einem breiter diskutierten Thema geworden – noch kaum in der politischen Öffentlichkeit, wohl aber in den Sozialwissenschaften, auch im philosophischen Diskurs und in gewerkschaftlichen Debatten. Für mich ist „Neue Wirtschaftsdemokratie“ seit gut fünf Jahren ein Gegenstand, mit dem ich mich intensiv beschäftige (u. a. Martens 2010, Martens/Scholz 2010, Martens 2012, Martens 2013 127-148 und 215-225). Viele Impulse verdanke ich dabei meiner Mitarbeit im „Forum neue Politik der Arbeit“ und der Mitarbeit in gewerkschaftlichen Diskussionszusammenhängen wie dem AK-Wirtschaftsdemokratie bei ver.di.

Die nachfolgenden Überlegungen stellen in diesem Zusammenhang den Versuch dar, den Gegenstand aus einer weiteren Perspektive heraus neu in den Blick zu nehmen, um so zu weiterführenden Überlegungen anzuregen. Ich gehe dazu im ersten Kapitel auf unterschiedliche Begründungszusammenhänge für eine Demokratisierung der Wirtschaft ein. Danach diskutiere ich die Reichweite unterschiedlicher Handlungsansätze zu einer Demokratisierung der Wirtschaft. Einige Überlegungen dazu, an welche Handlungsansätze sich anknüpfen ließe und welche offenen Fragen dabei vertiefend - theoretisch, vor allem aber auch praktisch experimentierend – zu bearbeiten wären, werden abschließend in einem ersten Zugriff erörtert.

Wenn ich es richtig sehe, gibt es im gegenwärtigen Diskurs im Wesentlichen drei Begründungszusammenhänge für Wirtschaftsdemokratie, die sich systematisch unterscheiden lassen: (1) ökonomische, (2) demokratietheoretische und (3) pragmatische Begründungen. Ich gehe darauf im Folgenden ein. Hinsichtlich der Reichweite wirtschaftsdemokratischer Ansätze unterscheide ich danach (1) die älteren Konzepte von Wirtschaftsdemokratie aus den 1920er Jahren, die noch mit großer Selbstverständlichkeit von einem evolutionären Übergang vom „organisierten Kapitalismus“ zum Sozialismus ausgegangen sind. Solche Vorstellungen sind heute Geschichte. (2) „Neue Wirtschaftsdemokratie“ wird dagegen heute als ein Konzept zur Verteidigung und Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften gegen ihre marktradikale Aushöhlung konzipiert. Sie ist daher nicht mehr ein Konzept, das seinen Platz innerhalb einer zielgerichteten gesellschaftlichen Entwicklung – nämlich hin zum Sozialismus – gewinnt. Vielmehr soll „Neue Wirtschaftsdemokratie“ so (3) zu einer tragenden Säule der Erneuerung einer gemischten Wirtschaft werden, in der die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen den Alltag der Menschen nicht nur im öffentlichen, politischen Raum der Gesellschaft, sondern auch

im privatrechtlich verfassten Raum der Wirtschaft bestimmt, ohne dass deshalb die Effizienz ökonomischen Handelns infrage gestellt würde.

## 2. Begründungen für eine Demokratisierung der Wirtschaft

**Ökonomische Begründungen** von Wirtschaftsdemokratie zielen darauf ab, über demokratisch legitimierte Formen der Steuerung ökonomischer Prozesse aktuell erkennbaren ökonomischen und ökologischen Krisenentwicklungen zu begegnen. Diese werden als Folge einer zunehmend „entbetteten“ liberalen Marktökonomie (Polanyi 1973) angesehen. Entsprechend scharf fällt hier die Kritik des in Wirtschaftswissenschaften wie im herrschenden Politikbetrieb dominierenden „neoliberalen Einheitsdenkens“ aus (Scholz u.a. 2006). Wirtschaftsdemokratie zielt in dieser Fokussierung auf eine Stärkung und Neubegründung einer gemischten Wirtschaft ab. Ihre Begründung stellt das Bild des homo oeconomicus, also des nutzenorientiert denkenden und handelnden Individuums massiv infrage. Es betont dagegen den gesellschaftlichen Charakter des Menschen, der sich von der frühkindlichen Sozialisation auf Basis einer „geteilten Individualität“ (Tomasello 2011) entwickelt und in Wirtschaft und Gesellschaft in seiner Fähigkeit zu Kooperation und Solidarität geltend macht. Die Frage nach einer philosophisch wie wissenschaftlich zu begründenden Kritik an der im ökonomischen Denken, v. a. angebotsorientierter Ansätze, bestimmenden Abstraktion des homo oeconomicus (Martens 2014a) wird allerdings selten vertiefend ausgeführt

Die ursprünglichen wirtschaftsdemokratischen Konzepte des ADGB (Naphtali 1977/28) waren in hohem Maße durch ein sozialistisches Planungsparadigma geprägt. Dies ist spätestens seit der Implosion des Realsozialismus historisch erledigt. Damit stellt sich jedoch das Erfordernis, eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ - die mehr sein soll als eine Neubelebung keynesianischer Wirtschaftspolitik, etwa im Sinne eines „qualitativen Keynesianismus“ (Zinn 2007) - im Hinblick auf ihre ökonomischen Steuerungsfunktionen innerhalb einer gemischten Wirtschaft neu zu denken und zu begründen. Weder Konzepte zentraler Planung noch solche einer Produzentendemokratie, die an rätedemokratische Ansätze anknüpft, werden den Erfordernissen der Steuerung komplexer ökonomischer Prozesse in einer gemischten Wirtschaft gerecht. Wie in ihr Marktprozesse neu einzubetten und wie in diese Marktprozesse dann selbst demokratische Steuerungsinstrumente eingreifen können, die Produzenten- und Konsumenteninteressen ebenso wie Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit aller BürgerInnen berücksichtigen können, das sind Fragen, zu denen eine entsprechende Debatte gerade erst wieder beginnt und auf die Antworten sicherlich nicht „am grünen Tisch“ sondern nur im Wege experimenteller Schritte, also eines tentativen Versuchsverhaltens entwickelt werden können. Dies wiederum setzt voraus, dass das „Weiter-So“ auf dem Weg marktradikaler Konzepte als Sackgasse begriffen wird – nicht nur aufgrund der theoretischen Kritik des neoliberalen Konzepts und des ihm zugrunde liegenden Menschenbildes, sondern vor allem aufgrund der zunehmend verheerenden Resultate, die es hervorbringt.

**Demokratiethoretische Begründungen** schließen hier unmittelbar an (Demirovic 2007, Martens 2010, Wesche 2014) – zum einen weil empirisch die ökonomischen und ökologischen Krisenprozesse inzwischen auch zunehmend zu einer Krise der Demokratie führen, zum anderen weil theoretisch von der Kritik des neoliberalen Menschenbildes her auch Fragen der Selbstbestimmung und Freiheit des Menschen ins Blickfeld kommen. Demokratiethoretische Begründungen lassen sich von ihren theoretischen Begründungen her aber auch systematisch von ökonomischen Begründungen unterscheiden. Die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen hat sich im demokratischen Projekt der Moderne (Martens 2012), beginnend mit der amerikanischen und französischen Revolution, in Gestalt der parlamentarischen Demokratie durchgesetzt. Diese blieb auf den öffentlich-politischen Raum beschränkt, hat dabei aber im Interesse der Freiheitsrechte ihrer BürgerInnen auch regulierend in den privatrechtlich verfassten Raum der Wirtschaft eingegriffen. Institutionell verfasste Arbeitsgesellschaften sind so in den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften in unterschiedlicher Ausprägung im je nationalstaatlichen Rahmen entstanden. In den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien haben sie ihre am stärksten entfaltete Form gefunden. Im Maße aber, wie mit dem neoliberalen Rollback, das seit Mitte der 1970er Jahre einsetzte, Marktprozesse in einem zweiten „vergoldeten Zeitalter“ (Twain/Warner 2010) „entbettet“ worden sind - verbunden von Neuem mit einer ungeheuren Konzentration von Eigentum und ökonomischer Macht (Piketty 2014, Freeland 2013) sowie einer zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche - wird die Idee einer demokratischen Gesellschaft untergraben. Von daher gerät die Frage nach einer Revitalisierung der Demokratie, nicht zuletzt durch eine Demokratisierung auch von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft, neu in den Blick. Gegenüber den gegenwärtigen Bemühungen der herrschenden Politik mit einer transatlantischen Freihandelszone (TTIP/TAFTA) mit einem Investitionsschutzabkommen Klagemöglichkeiten von Konzernen gegenüber Staaten vor privaten Schiedsgerichten durchzusetzen, sind Forderungen nach einer Demokratisierung der Wirtschaft das gebotene Gegenprogramm. Statt multinationale Konzerne jenseits demokratischer Rechtsstaatlichkeit sozusagen gegenüber einzelnen Nationalstaaten in Augenhöhe zu bringen und so demokratische Prozesse faktisch zu unterminieren und „die Herrschaft der mächtigen Kapitalgruppen über einen Großteil der Welt“ zu zementieren und juristisch abzusichern (Wallach 2013)<sup>1</sup>, ginge es vielmehr darum, Demokratie als Lebensform dadurch zu einem wirklichen Ziel zu machen, dass in Bezug auf die privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft nicht nur demokratisch legitimierte Rahmenseetzungen neu gestärkt, sondern auch demokratische Prozesse in ihr selbst nachhaltig gestärkt werden.

---

<sup>1</sup> Viel spricht zudem dafür, dass die herrschende Politik – mit den USA als treibender Kraft – mit diesen Abkommen darauf zielen, die langsam zerfallende Nachkriegsordnung mit den USA als globaler Führungsmacht neu zu stabilisieren. Neelsen (2014, 5) sieht hier – vor dem Hintergrund des Aufstiegs der BRICS-Staaten - geradezu ein neues „westlich dominiertes neo-kolonialistisches Projekt“ im Widerstreit mit dem „Wandel zu einer multi-polaren, auf das Völkerrecht gegründeten Weltordnung“.

Angesichts dieser Entwicklung kann man, anschließend an die These, dass Eigentumsordnungen historisch immer die normative Grundlage für Demokratische Ordnungen gewesen sind, wie folgt argumentieren (vgl. Wesche 2014): Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen beteiligen möglichst viele BürgerInnen am Produktiveigentum. Dies mobilisiert die demokratische Verständigung über Werte. Grundlage solcher Vorstellungen ist das freiheitliche Eigentumsverständnis selbst, denn die Freiheitsversprechen, die Eigentum rechtfertigen, sind dieselben, die seine politische Einbettung und wirtschaftsdemokratischer Steuerung begründen. Derart freiheitsbasierte Eigentumsordnungen garantieren so allen Mitgliedern einer Gesellschaft die Verfügungsgewalt ihrer materiellen Lebensbedingungen. Man hätte so eine demokratiethoretische Begründung, die eine privatwirtschaftliche Eigentumsordnung nicht fundamental angreift, vielmehr auf deren Prämissen selbst begründet ist.

Eher **pragmatische Begründungen** finden sich gegenwärtig bei manchen Akteuren der außerwissenschaftlichen Praxis, die heute an vorhandene Ansätze für demokratische Rechte der Arbeitenden in der Sphäre der Wirtschaft selbst anzuknüpfen versuchen. Historisch ist die Durchsetzung der Demokratie in Form eines allgemeinen Wahlrechts, das nicht mehr von bestimmten Eigentumstiteln abhängig gemacht wurde, in den fortgeschrittenen industrialisierten Ländern auf das engste mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung verbunden. Aus ihr heraus sind – je nationalspezifisch geprägt, zunächst eng miteinander verschränkt und eingebettet auch in die Herausbildung einer gemeinsamen kulturellen Grundlage - Gewerkschaften, sozialistische Parteien und Genossenschaften entstanden. Vor allem Arbeiterparteien und freie Gewerkschaften haben sich so aus einer sozialen Bewegung heraus erfolgreich institutionalisiert und sind auf das engste mit der Durchsetzung demokratischer Gesellschaften verknüpft (Markovits 1988). Dass von den Gewerkschaften über die erfolgreiche Durchsetzung ökonomischer Interessen hinaus – etwa durch Tarifverträge, staatliche Sozialpolitik usw. - die Durchsetzung demokratischer Rechte auch in der Sphäre der Wirtschaft als Ziel verfolgt wurde, ist eine Besonderheit weniger nationaler Gewerkschaftsbewegungen. Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen auf Basis der gesetzlichen Regelungen von 1951/52 – zu verstehen als die für die Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie (Borsdorf 1986), das nach der ‚halben Revolution von 1918 im Jahre 1928 gewerkschaftliches Programm geworden ist, sind, abgesehen von ähnlichen Regelungen in Österreich, im Wesentlichen eine deutsche Besonderheit. Die Eurobetriebsräte stellen zwar eine begrenzte Verallgemeinerung im Rahmen der EU dar, dies aber nur bei nur schwach ausgeprägten Informations- und Beteiligungsrechten. Es ist insofern nicht überraschend, dass es heute angesichts der Krise des neoliberalen Projekts vor allem in Deutschland seitens der Gewerkschaften Anknüpfungsversuche in Bezug auf die wirtschaftsdemokratischen Ansätze aus der eigenen Geschichte gibt. Dies geschieht in unterschiedlicher Weise: Auf der einen Seite wird durchaus damit begonnen, Wirtschaftsdemokratie - im Rahmen ökonomischer wie auch demokratiethoretischer Begründungszusammenhänge - konzeptionell neu zu denken (ver.di 2014). Auf der anderen Seite wird dies registriert, aber es werden eher Anstrengungen unternommen, die vorhandenen, im Laufe des

neoliberalen Rollbacks aber geschwächte, Mitbestimmungsrechte in Betrieb und Unternehmen durch neue Beteiligungsformen zu stärken (IGM 2014). Dabei können die Gewerkschaften an Beteiligungspotentiale der abhängig Beschäftigten anknüpfen, die unter den Bedingungen „neuer“, entgrenzter und subjektiver Arbeit gewachsen sind und vom Management selbst in zunehmend vermarktlichten Restrukturierungsprozessen in den Unternehmen gefördert werden (Sauer 2013).

### 3. Zur Reichweite wirtschaftsdemokratischer Konzepte

**Vorstellungen von einem evolutionären Übergang zum Sozialismus** sind kennzeichnend für das alte gewerkschaftliche Konzept von Wirtschaftsdemokratie (Naphthali 1977/28). Es ist von Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ ebenso wenig zu trennen wie von einer Handlungskonstellation um die Mitte der 1920er Jahre, in der die freien Gewerkschaften mit den Folgen der „halben Revolution“ von 1918 und der Spaltung der Arbeiterbewegung umgehen mussten. Das Konzept transportierte eine für alle damaligen Strömungen der Arbeiterbewegung noch geradezu selbstverständliche Vorstellung davon, dass die historische Entwicklung auf eine sozialistische Gesellschaft zutriebe. Damit verknüpft war die weitere Vorstellung, dass in einer solchen sozialistischen Gesellschaft die Wirtschaft planvoller gestaltet werden und deshalb krisenfreier und im Interesse der Arbeitenden gesteuert werden könne. Und die Entwicklung des „organisierten Kapitalismus“ selbst „arbeitete“ dem, dieser Vorstellung zufolge, bereits zu. Diese Erwartungen erwiesen sich dann aber mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929ff als irrig, und tagespolitisch traten bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften Forderungen nach Beschäftigung und Sozialisierung der Großindustrie wieder in den Vordergrund.

Das ursprüngliche gewerkschaftliche Konzept der Wirtschaftsdemokratie erweist sich so als ökonomisch kritikbedürftig und zugleich als demokratietheoretisch defizitär. Es setzt im Kern darauf, dass die erforderlichen wirtschaftlichen Steuerungsprozesse sukzessive auch und gleichberechtigt von Austauscheliten betrieben werden, die sich aus den Organisationen der Arbeiterbewegung rekrutieren. Es handelt sich insofern um eine Demokratie für und nicht durch die Arbeitenden. Selbst deren Repräsentanten in den mit der Revolution von 1918 entstandenen Betriebsräten fällt in diesem Konzept noch keine bedeutende Rolle zu. Und soweit das Konzept der Wirtschaftsdemokratie als Konzept der Vervollständigung der sonst nur halben Demokratie in den 1950er und 1960er Jahren in den Gewerkschaften noch lebendig war – etwa in den Reden der IG Metallvorsitzenden Otto Brenners ( Brenner 2007, Becker/Jentsch 2007) - , wurde es auch dann noch wesentlich als das einer Demokratie für die Arbeitenden gedacht. Allerdings ist zu dieser Zeit die Vorstellung einer nahezu selbstverständlichen, historisch gleichsam vorgezeichneten wirtschaftsdemokratischen Entwicklung in den Sozialismus so nicht mehr vorhanden. Denn zum einen ist in der Bundesrepublik Deutschland mit der Entstehung der Einheitsgewerkschaften die alleinige Verknüpfung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht mehr gegeben. Vor allem aber entwickelt sich aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem, vor

allem unter demokratischen Gesichtspunkten massiv kritisierten, Realsozialismus nun Vorstellungen von einem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der von den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten nachkriegsjahrzehnte aus beschritten werden soll.

Überlegungen zu einer „neuen Wirtschaftsdemokratie zielen demgegenüber auf die **Verteidigung und Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften gegen ihre marktradikale Aushöhlung**. Festzuhalten ist zunächst: angesichts der erfolgreichen Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Demokratien – in Deutschland im goldenen Jahrzehnt sozialdemokratischer Reformpolitik in den 1970er Jahren gipfelnd (Abelshausen 2009) und danach, im Blick auf die Wohlfahrtsstaatlichen Demokratien insgesamt in der Formel vom „sozialdemokratischen Jahrhundert“ überhöht – haben solche programmatische Vorstellungen eines dritten Weges über den Kapitalismus hinaus allerdings gegenüber der Konzentration auf tagespolitische Verbesserungen, und zunehmend dann allerdings deren Verteidigung, an Bedeutung verloren. Forderungen nach einem „neuen Reformismus“ (von Oertzen 1984), der über den Kapitalismus hinausführen könnte, fanden nach dem Ende des Jahrzehnts sozialdemokratischer Reformen und angesichts des Beginns des neoliberalen Rollbacks in Sozialdemokratie und Gewerkschaften lange keinen Widerhall. Erst im Maße wie das neoliberale Projekt sich immer unübersehbarer krisenhaft entwickelt hat, hat sich das verändert. Insbesondere nach der neuen Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) und im Zeichen multipler Krisenentwicklungen, insbesondere aber auch angesichts „post-demokratischer“ Entwicklungen in den westlichen Demokratien (Crouch 2008) wurde das alte wirtschaftsdemokratische Konzept der deutschen Gewerkschaften wieder in Erinnerung gebracht (Meine u.a.- 2011, Hyman 2012a u. b) und die Forderung erhoben, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken (Martens/Scholz 2010, Martens 2010). Regelmäßig wurde dann sowohl auf die Entwicklung und Durchsetzung veränderter ökonomischer Steuerungsprinzipien gezielt, durch die soziale wie auch ökologische Nachhaltigkeit besser gewährleistet werden könnten, wie auch darauf, durch die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft auch eine Bewegung gegen eine zunehmende Aushöhlung demokratischer Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft in Gang setzen zu können.

Von anderen Autoren wurde im gleichen Zusammenhang zunächst und vor allem auf die Forderung nach einer Demokratisierung der Arbeit gesetzt (Fricke/Wagner 2012). Durch sie soll an die gewachsenen Beteiligungspotentiale angeknüpft werden, die im Zuge der Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit entstanden sind. Gegen eine im deutschen Diskurs mit den Veränderungen im Zeichen „neuer Arbeit“ überwiegend verknüpfte autonomiekritische Position - die den „Abbau des Kommandosystems“ als Abbau von Entlastung begreift – fordern sie, den Begriff einer immer nur relativen Autonomie in der heteronomen Arbeitssphäre als kontrafaktischen Begriff einzuführen. So könne kritisch zu den jeweils vorherrschenden realen Arbeits- und Lebensverhältnissen Selbstbestimmung eingefordert werden. Das allenthalben forcierte „Arbeitskraftunternehmertum“, also das von den Beschäftigten geforderte strategische unternehmerische Mitdenken – in Bezug auf die Bereiche von Produktion,

Forschung und Entwicklung oder (produktionsnahe) Dienstleistungen jeweiliger Unternehmen, in denen sie tätig sind, wie auch in Bezug auf die Entwicklung ihres eigenen Arbeitsvermögens – bietet hierfür zweifellos vielfältige Anknüpfungspunkte. Es käme dann darauf an, strukturellen Rationalitäten kooperativer Arbeitszusammenhänge, bei denen es um den kooperativen Wert der Arbeit geht, gegen die .strukturellen Rationalitäten ökonomischer Verwertungsbeziehungen ins Spiel zu bringen, bei denen es um den ökonomischen Wert der Arbeit geht (DOFAPP-Projektgruppe Change 2014). Die entsprechende Forderung nach wirklicher, selbstredend auch immer nur relativer, Autonomie schließt letztlich auch die Aneignung von Arbeit und damit die Kontrolle über ihre wesentlichen Rahmenbedingungen durch die Arbeitenden selbst ein. Betont werden mithin Chancen gerade wegen der Vermarktlichung und Subjektivierung von Arbeit. Und dies führt nicht nur zwingend zu Gruppenkooperation als einem Grundprinzip von Arbeit. Denn darauf aufbauend ergibt sich dann auch die Frage nach den Freiheitsgründen, die nicht nur Eigentum, sondern auch dessen politische Einbettung und wirtschaftsdemokratische Steuerung rechtfertigen. Wirtschaftsdemokratie - und in einem ersten Schritt der Systemkorrektur eine Revitalisierung von Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen – hinge, aus diesem Blickwinkel betrachtet, in der Luft, wenn sie nicht von unten durch eine Demokratisierung der Arbeit fundiert wäre. Und dies impliziert eine „Umkehrung bisheriger Denk- und Verhaltensmuster“ (Forum Gewerkschaften 2014), wie sie die alten wirtschaftsdemokratischen Konzepte und auch die Praxis repräsentativer Mitbestimmung gekennzeichnet haben.

Neue Wirtschaftsdemokratie wird im Rahmen dieser Argumentation zu einer **tragenden Säule einer gemischten Wirtschaft**. Sie ist auf der Linie dieser Überlegungen nur als treibendes Moment und Ergebnis längerer Reformprozesse zu denken. Dabei ist sie in ihrer Entwicklung auf das engste verknüpft mit einer Demokratisierung der Arbeit einerseits (Forum Gewerkschaften 2014), einem Bruch mit der in Europa immer noch herrschenden Austeritätspolitik andererseits (Lehndorff 2012, Martens 2014). Diese Vorstellung langwieriger Reformprozesse ist zum einen darin begründet, dass – wie schon betont – wirtschaftsdemokratische Instrumente gründlich durchdacht und dann experimentell geprüft und weiterentwickelt werden müssen. Weiterhin darf man nicht außer acht lassen, dass eine, wenn auch heute veraltete konzeptionelle Traditionslinie sowie praktische Anknüpfungspunkte in Gestalt der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen im Wesentlichen ein deutscher Sonderfall sind. Konzepte einer Demokratisierung der Arbeit wären hingegen nicht nur in Deutschland neu, eben eine „Umkehrung bisheriger Denk- und Verhaltensmuster“, sondern ebenso in anderen europäischen Ländern. Überall „arbeiten“ solchen Ansätzen aber die Veränderungen von Erwerbsarbeit in Form ihrer Entgrenzung und Subjektivierung zu. Und ebenso gäbe es überall aus den Erfahrungen mit dem Aufbau der wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrzehnte heraus Anknüpfungspunkte für einen neuen, qualitativen Keynesianismus; ja der Druck für ein wirtschaftspolitisches Umsteuern dürfte innerhalb der EU zunächst und vor allem in den Ländern wachsen, die massiv von den ökonomischen Krisenentwicklungen be-

treffen sind – also von den südeuropäischen Staaten ausgehend in einer wachsenden Zahl von Mitgliedsstaaten.

Eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“, wie hier im ersten Zugriff skizziert, würde dann allerdings weitergehende Veränderungen implizieren, allerdings ohne dass damit von neuem sozialistische Zielvorstellungen verknüpft wären, wie auch immer sie gedacht sein mögen. Sie wäre ein Konzept für eine gemischte Wirtschaft, in der ein neu eingebetteter Markt nicht infrage steht. Sie wäre aber Teil einer politischen Ordnung, die die materielle Selbstbestimmung der Einzelnen durch eine Demokratisierung von Arbeit auf der Grundlage der Freiheitsversprechen des Eigentums stärkt und in der es ein politisches Ziel werden würde, möglichst viele BürgerInnen am Produktiveigentum zu beteiligen. Entwicklungen wie wir sie heute erleben, nämlich zur Herausbildung einer neuen winzig kleinen Schicht von superreichen Milliardären einer globalen Geldelite - Freeland (2013) spricht im englischen Original ihres Buches von Plutokraten -, die die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen untergräbt, wäre in einer solchen Gesellschaft wohl nicht mehr denkbar. Aber ihre weitere Zukunft wäre offen. Sie stünde im Rahmen ihrer demokratischen Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft immer wieder neu zur Entscheidung an.

#### **4. Vorläufige Überlegungen zu einigen Konkretisierungsschritten**

Franziska Wiethold (2011a u. b) hat in der Debatte um eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ einige wichtige klärungsbedürftige Punkte angesprochen, die zweifellos einer weiterführenden Diskussion bedürfen. Im Hintergrund ihrer Fragen steht dabei das Problem der Artikulation und Definition von gesellschaftlichen Interessen im Kontext von wie auch immer zu denkenden Steuerungsprozessen, die an die Stelle der neoliberalen Marktideologie eine neue, nüchterne Mischung von staatlichen Rahmensetzungen, Steuerungsprozessen und instrumenteller Nutzung von Marktmechanismen setzen wollen. Von da ausgehend fragt sie unter verschiedenen Aspekten danach, wo hier die Chancen und Grenzen demokratischer Beteiligung der Menge der Vielen liegen: Im Hinblick auf die Grenzen betrieblicher Demokratie – also im Kontext eines engen Arbeitsbegriffs, der auf die unmittelbaren Produzenten industrieller Produktion als die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums fokussiert -, im Hinblick auf das Spannungsverhältnis von organisierten kollektiven Interessen und individueller Freiheit, und zugleich die Sicherung und Förderung von innovativen Potentialen, sowie schließlich im Hinblick auf das Verhältnis von repräsentativer und direkter Demokratie.

Ausgehend von der in der neuerlichen Debatte über eine Demokratisierung der Wirtschaft sichtlich auch von ihr geteilten Grundannahme, dass es eines neuen Demokratisierungsschubs in unserer Gesellschaft bedarf, wirft sie so als Gewerkschaftspraktikerin - also erkennbar vor dem Hintergrund unterschiedlicher gewerkschaftlicher Diskurse aus den letzten Jahrzehnten, wie etwa der interessenorientierten Nutzung einer erweiterten Mitbestimmung mittels geeigneter Kennzifferninformationssys-



teme, bei denen im Hintergrund noch ein diffuses Verständnis vermeintlich „objektiver“ Klasseninteressen der abhängig Beschäftigten herum spukte (WSI-Projektgruppe 1981) - eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf. Ich bündele sie im Folgenden zu fünf Fragenkomplexen. Sie machen deutlich, wie „neue Wirtschaftsademokratie“ als Teil einer weiteren Ausgestaltung demokratischer Gesellschaften als „unendlichen Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006) heute gedacht und einem solchen Denken gemäß dann auch praktisch angegangen werden könnte.

Der erste Fragenkomplex steht unter der Überschrift: ***wer steuert wie orientiert an welchen Zielen und Werten ökonomische als gesellschaftliche Entwicklungsprozesse und wie kann dabei der Raum, für stetige Innovation gesichert werden?*** Hier geht es um die Kernfrage der Demokratie, die Frage nach dem Souverän. Sie ist in den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften im Sinne der repräsentativen Demokratie gelöst worden, hat aber nie die Frage der direkten Beteiligung der Repräsentierten im öffentlichen Raum der Politik abschließend gelöst. Vorstellungen zu einer „Unterfütterung“ repräsentativer Strukturen durch erweiterte Formen direkter Beteiligung gab es immer wieder. In der Geschichte der Bundesrepublik wurden entsprechende Ansätze in der kurzen Phase des „mehr Demokratie wagen“ der 1970er Jahre zu forcieren versucht (vgl. Abelshausen 2009, 189ff, Martens 2010, 102ff u. 111ff), verloren dann aber rasch wieder an Bedeutung. Heute, angesichts wachsender Legitimationsprobleme der politischen Eliten und zugleich in den Zeiten von Internet, Facebook etc. wird das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten schon im etablierten Raum des Politischen zunehmend zum Problem: die Menschen drängen auf Beteiligungsrechte, die Repräsentanten sind immer weniger unter sich. Das demokratische Potential der Gesellschaft wächst korrespondierend zu dem stetig steigenden Qualifikationsniveau der Menschen. Dies gilt gleichermaßen für die Sphäre der Erwerbsarbeit, die – wie oben umrissen – immer weniger nur einer indirekten politischen Steuerung zugänglich ist, wie Hannah Arendt noch meinte.

Man mag die deutschen Gewerkschaften dafür kritisieren können, dass sie noch immer, und immer wieder, darum bemüht sind, die bestehenden korporatistischen Strukturen mit Leben zu füllen und dafür den Preis der Ausschöpfung ihres politischen Mandats sowie des Verzichts auf konsequente Mobilisierung ihrer Mitglieder zu zahlen. Aber man kann nicht bestreiten, dass sie die Herausforderungen zu mehr Autonomie und Selbststeuerung in der Arbeit – und das heißt dann auch in ihren eigenen Organisationen – erkannt haben. „Beteiligen und Mitbestimmen – für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft“ war das Motto eines IG-Metall-Kongresses im November 2014; und die wirtschaftsdemokratischen Überlegungen von ver.di räumen neuen Ansätzen zur aktiven Beteiligung der Mitglieder an ihrer Interessenvertretung und zur Selbsttätigkeit der Beschäftigten großen Stellenwert ein. Dwer springende Punkt wird hier in Zukunft sein, ob hier wirkliche Schritte zu einer Demokratisierung von Arbeit gelingen und welche tariflichen oder rechtlichen Rahmenbedingungen für das „Selbertun“ und die aktive Beteiligung der Arbeitenden gefunden und durchgesetzt werden.

Als zweites schließt sich die Frage an, **was die derzeit prägenden und bestimmenden Merkmale der Steuerung gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse im Zeichen der neoliberalen Konterrevolution sind und welche Ansatzpunkte zu deren Veränderung wie genutzt werden können.** Der „Stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ oder „die Autologik der gesellschaftlichen Subsysteme“ bei faktischer Dominanz des ökonomischen Teilsystems und Abdankung des Primats der Politik besagen vordergründig das gleiche: Es geht darum, die Bedingungen der fortgesetzten Entfaltung der Eigenlogik eines einmal losgelassenen Prozesses zu sichern, im Kontext systemtheoretischen Denkens letztlich ohne noch ernstlich nach dem Weshalb, Woher und Wohin zu fragen.<sup>2</sup>

Die Eigenlogik der ökonomischen Prozesse, die so durchgesetzt werden, ist in einer kapitalistischen Gesellschaft die der Sicherung stetiger hoher Renditen – verbunden mit dem nie erfüllten Versprechen, dass dies letztlich allen Bürgern zum Vorteil ge- reichen werde. Dieser neoliberale Glaubenssatz führt in den letzten drei Jahrzehnten immer offenkundiger zu inneren Widersprüchen:

- durch eine fortschreitende Verschuldung der Gesellschaft gegenüber den Besitzern des Produktivvermögens (Banken- und Finanzkrise als Resultat),
- durch die generelle Externalisierung von Kosten zu Lasten der Gesellschaft, die sich u. a. geltend macht durch zunehmende soziale Spaltungsprozesse und Verwerfungen (Prekarisierung, Aufspaltung und Schwächung des Bildungssystems, Ökonomisierung der Gesundheitswirtschaft bei sichtlicher Unfähigkeit, hier Care-Arbeit in auch nur halbwegs angemessenen Formen zu organisieren, Produktion immer weiterer ökologischer Krisen),
- durch den Widerspruch eines stetig gewachsenen Potentials der in Produktions- und Dienstleistungsbereichen Beschäftigten zu unternehmerischem Mitdenken und Beteiligung und ihrem gleichzeitigen Ausschluss aus allen zentralen wirtschaftlichen Entscheidungen.

In der Folge können und müssen wir von einer zunehmenden Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik in einer Gesellschaft sprechen,

- die angesichts der Entfesselung der Märkte mit den überkommenen korporatistischen Instrumenten im Hinblick auf die Durchsetzung von Interessen der Beschäftigten zunehmend schlechter beeinflusst werden kann,
- die zweifellos immer komplexer und unübersichtlicher geworden ist,
- in der es aber zugleich ein immer größeres Beteiligungspotential von immer mehr, (noch) immer besser qualifizierter Menschen gibt (Vester 2009).

---

<sup>2</sup> A. Giddens (2000) benutzt in diesem Zusammenhang das der indischen Mythologie entlehnte Bild des zu Tale rasenden Jagganathwagens, auf den man nur aufspringen kann, um nicht von ihm überrollt zu werden, Z. Bauman (1999, 35) beschreibt unsere Lage im Zeichen der Krise und des Abdankens der Politik prägnanter als die von Passagieren eines Flugzeugs, die während des Flugs bemerken, dass vorne nur noch der Autopilot fliegt und sie lediglich noch einem Tonband lauschen.

Die Frage, die hier gestellt werden muss, lautet: **Wie halten wir es mit dem Primat der Politik und welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Überlegungen systemtheoretischer Provinienz für weiterführende Demokratisierungsprozesse in hoch komplexen Gesellschaften?** Für jedes, also nicht nur für ein linkes, Verständnis von Politik als einer herausgehobenen gesellschaftlichen Sphäre ist der Verzicht auf den Primat der Politik unverzichtbar – die radikal zugespitzte systemtheoretische Position der Unsteuerbarkeit gesellschaftlicher Prozesse in hochkomplexen Gesellschaften, wie sie Luhmann zuerst 1989 so pointiert formuliert hat, ist aus demokratietheoretischer Perspektive schlicht inakzeptabel. >Es scheint aber Argumente für diese Position zu geben. Der Neurologe W. Singer konstatiert z.B. unlängst zutreffend in einem Interview: „Es ist eine weit verbreitete Illusion: dass es einer höheren, alles lenkenden Instanz gelingen könne – der EU, der europäischen Zentralbank, der Regierung – die längerfristige Entwicklung solch nicht-linearer Prozesse zu steuern. Aber das ist nicht der Fall. Komplexe Systeme sind nicht zentralistisch zu steuern. Deshalb scheitern Planwirtschaften. Solche Systeme erlangen nur dann Stabilität, wenn sie ihre Architekturen nach evolutionären Prinzipien selbst organisieren können. Das Gehirn etwa hat 10 hoch 11 eng verflochtene Nervenzellen – das ist wirklich eine Menge (*lacht*) – und ist trotz seiner ungeheuren Komplexität stabil.“ Lassen wir hier die Besonderheiten der Stabilitätsbedingungen eines biologischen im Unterschied zu einem sozialen System einmal beiseite, dann ist zu diesem Argument allerdings zu sagen, dass reale Wirtschaften noch nie in Reinform entweder Markt- oder aber Planwirtschaften gewesen sind, sondern immer je spezifisch ausgeprägte Mischformen (vgl. zuletzt Ptak 2011). In ernsthafte Schwierigkeiten sind sie allerdings immer dann geraten, wenn der eine oder der andere Steuerungsmechanismus ideologisiert worden ist. Die Frage ist daher nicht die nach der – so als aussichtslos erachteten - Alternative von zentraler Planung durch den dezentralen Umgang mit letztlich nicht zu beeinflussenden systemischen Prozessen. Es gilt vielmehr zu sehen, dass diese systemischen Prozesse immer das Resultat politischer Entscheidungen sowie – in höchstem Maße im Blick auf die Leitideen von Markt und homo oeconomicus zentral geplanter – strategischer Entscheidungen großer Konzerne sind. Worauf es also ankäme wäre, solche strategischen Entscheidungen zum einen nicht einem verzerrten ökonomischen Menschenbild in einer zunehmend am Maßstab hoher Renditeziele ökonomisierten Welt zu unterwerfen sondern in sie systematisch auch Vorstellungen ökonomischer, ökologischer, sozialer und politischer Nachhaltigkeit einfließen zu lassen. Und dies würde voraussetzen, dass die unternehmerischen Planungsprozesse durch politische Rahmensetzungen aber auch ggf. direkte politische Eingriffe beeinflusst werden und dass dazu dezentrale Steuerungskapazitäten unter aktiver Einbeziehung der Bürger, als Produzenten wie auch als Konsumenten, entwickelt werden.

Das entbindet freilich nicht davon, die zweifellos gegebenen immensen Steuerungsprobleme hoch komplexer gesellschaftlicher Prozessstrukturen ernst zu nehmen, denn:

- selbstverständlich ist es zutreffend, dass auch die Ideologisierung des Plans in den Planwirtschaften des zu Recht gescheiterten „Realsozialismus“ zu ökonomisch, sozial und ökologisch ineffizienten und alles andere als nachhaltigen Ergebnissen geführt hat.
- Selbstverständlich gibt es auf der anderen Seite so etwas wie die Eigenlogiken systemischer Prozesse.
- selbstverständlich neigen komplexe Systeme, bzw. die in ihnen, bzw. den entsprechend ihrer Prozesslogik strukturierten Organisationen, in maßgeblichen Funktionen Handelnden, dazu, die jeweilige Organisations- und Systemstabilität gegenüber deren Umwelt zu verteidigen. Das gilt jedenfalls dann wenn Systeme/Organisationen/Institutionen ein gewisses Maß an Stabilität erreicht haben.
- Selbstverständlich entwickeln so Organisationen, von denen die Systemtheorie ja an Stelle von Institutionen sprechen würde, ein Eigenleben, Tendenzen des Beharrens und Bestrebungen des Machterhalts,
- und selbstverständlich sind es, wiederum aus systemtheoretischer Perspektive formuliert, immer bestimmte gesellschaftliche Teilsysteme, und darin dann bestimmte Organisationen, die bezogen auf die faktisch immer stattfindende Steuerung gesellschaftlicher Prozesse besonderes Gewicht haben.

Die Beschäftigten eines Unternehmens - wenn sie denn wirkliche demokratisch befestigte Rechte durchgreifender Einflussnahme auf zentrale Unternehmensentscheidungen haben - werden also bei der Wahrnehmung solcher Rechte den Beharrungstendenzen ihres jeweiligen Unternehmens eben auch Ausdruck geben.<sup>3</sup> Das spricht nun zwar überhaupt nicht dagegen, dass sie solche demokratischen Rechte erhalten, aber es zeigt doch, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft deutlich mehr beinhalten muss als demokratische Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechte auf den Ebenen von Arbeitsplatz, Betrieb und Unternehmen. Es geht darum, unter nicht ideologischer Nutzung der Instrumente von Markt *und* Plan wirtschaftliche Prozesse in Betrieb, Unternehmen, Branche, Region und auf überregionalen Ebenen einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, durch die zugleich Effizienz, Nachhaltigkeit – in ihren verschiedenen Dimensionen – und Innovationsfähigkeit gestärkt werden. Unterschiedlichste gesellschaftliche Interessen müssen dabei artikuliert werden können und sollen zum Ausgleich gebracht werden. Mit überholten Vorstellungen von Klasseninteressen, womöglich gar „objektiven“ Interessen, kommt man da nicht weit.

Die nächste Frage lautet also folgerichtig, **wie das Verhältnis von individuellen und kollektiven Interessen zu denken ist, wie sie sich artikulieren und formieren, und wie dabei stark und schwach organisierte Interessen zur Geltung, und**

---

<sup>3</sup> Dies ist ja ein Bezugspunkt der Kritik der Mitbestimmung als einer möglichen Form der Stärkung von Stakeholderinteressen aus der Perspektive einer ideologisierten Shareholder-Value-Perspektive. Es sei daran erinnert, dass kein anderer als R. Dahrendorf (2009) angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise als Folge eines, wie er sagt, „Pumpkapitalismus“ eine massive Stärkung der Stakeholder gefordert hat.

**nicht unter die Räder, kommen?** Man kann nicht von einem wie auch immer zu begründenden Kollektivsubjekt mit gewissermaßen „objektiv“ feststellbaren Interessen ausgehen, wenn man nach Möglichkeiten einer Veränderung gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse im Sinne einer auf mehr Freiheit und Gleichheit Aller gerichteten Transformation fragt. Worüber wir sprechen, sind deshalb politische Veränderungsprozesse, für die gilt, dass sie als politische nur in einem gesellschaftlichen Raum der Politik durch die „Übersteigerung“ unterschiedlicher Ziele, Interessen und Motive von Handelnden, die unterschiedlichen sozialen Klassen angehören organisiert werden können.<sup>4</sup> Und dieser Raum der Politik sollte als Raum der Freiheit (Arendt (1993) und des Streites (Rancière 2002) allen Mitgliedern einer Gesellschaft weitestmögliche Spielräume der aktiven Einflussnahme auf deren weitere Entwicklung eröffnen, ohne darüber die immer auch erforderliche Kontinuität und Stabilität dieser Prozesse zu gefährden. Insofern sind eben zur Ausgestaltung dieses Raumes „Institutionen als Organon des Politischen“ (Brokmeier 1994) zu denken und stetig weiterzuentwickeln.

Aus den zuvor angesprochenen Überlegungen ergibt sich weiter, dass die in der gegebenen Gesellschaft artikulierten und organisierten Interessen zunächst einmal ganz ohne Zweifel mit höchst unterschiedlicher Kraft organisiert und zur Geltung gebracht werden. Es ist von daher in der Tat sehr bedeutsam, sich über geeignete Verfahren Gedanken zu machen, die bislang wenig artikuliert/organisierte Interessen in gesellschaftliche Steuerungs- und Entscheidungsprozesse einbringen – dies könnte dann auch für so etwas wie ein zunächst unspezifisches „Innovationsinteresse“ gelten.

In Bezug auf das politische wie auch das wirtschaftliche Teilsystem der Gesellschaft gilt im Übrigen generell, dass es einerseits repräsentativer Strukturen mit definierten Aufgabenstellungen bedarf, dass aber zum anderen auch Formen direkter demokratischer Beteiligung von größter Bedeutung sind. Im Raum der Politik bietet sich hier die kommunale Ebene in besonderer Weise an. Hier gibt im Übrigen auch wohlbekannte und schon erprobte Instrumente (Zukunftswerkstätten, Planungszellen)<sup>5</sup> die für die direkte Beteiligung der Repräsentierten auch an Suche nach Antworten auf komplexe Fragen/Probleme geeignet sind, also die vorgängige Reduktion solcher Komplexität auf bloße Ja-Nein-Antworten erübrigen. Z.T. sind solche Instrumente auch schon zur Klärung von Antworten zu allgemeineren komplexen Problemen, etwa im Bereich von Technikfolgenabschätzungen, genutzt worden. Für die genannten Beteiligungsformen (Zukunftswerkstätten, Planungszellen) gilt, dass sie immer exemplarisch und nicht repräsentativ der Erörterung und Suche nach guten und konsensfähigen Lösungen dienen, mit ihnen aber noch nicht geklärt ist, wie diese Er-

---

<sup>4</sup> Zu dieser Arendtschen Position des „Übersteigens von Interessen vgl. Brokmeier 1994, 169).

<sup>5</sup> Auf die Debatten aus der Zeit der reformpolitischen Konstellation der 1970er Jahre („mehr Demokratie wagen“) wurde ja schon verwiesen. Zum Konzept der „Zukunftswerkstätten“ vgl. Jungk/Müllert (1981), zu dem der „Planungszellen“ Dienel (1997).

gebnisse in den über die gewohnten repräsentativen Strukturen geschaffenen und gewährleisteten, demokratisch legitimierten Prozess öffentlich relevanter Entscheidungen eingebracht werden. Hier könnte man davon ausgehen, dass gewählte Repräsentanten im Regelfall von der „Vernunft“ dieser je exemplarischen auf Bürgerbeteiligung beruhenden Lösungssuche überzeugt werden können – und dies umso mehr, je häufiger das Verfahren mit Erfolg praktiziert wird.<sup>6</sup>

Generell gilt jedenfalls, dass in dem Maße, in dem Formen direkter demokratischer Beteiligung von Bürgern und Beschäftigten geschaffen und gewährleistet werden, zugleich ein höheres Maß der „Erdung“ des Handelns ihrer Repräsentanten erreicht werden kann, ohne dass man dafür das aus dem Diskurs um Rätedemokratische Konzepte bekannte Prinzip der strikten Rückbindung von Repräsentanten/Delegierten bemühen müsste oder sollte. Zugleich würden dem in demokratietheoretischer Perspektive höchst problematischen aber weit ausgeufernten Lobbyismus neue Grenzen gezogen. Und generell gilt ferner, dass man sich entsprechende Formen demokratischer Beteiligung und demokratisch legitimerter und auf die Sphäre der Wirtschaft hin spezialisierter Rahmensetzung durch gewählte Repräsentanten sehr wohl auch für einen Raum vorstellen kann, in dem zugleich privater Initiative größte Spielräume eingeräumt werden und private Eigentumsrechte ebenso selbstverständlich sind wie etwa genossenschaftliche.

Da bei den demokratischen Beteiligungsrechten „von unten“, dort wo es nicht nur um Wohnbereichs oder arbeitsplatznahe Probleme geht, sondern um Fragen allgemeinerer Art, für die Instrumente direkter demokratischer Beteiligung nur einen exemplarischen Charakter haben können, wird ein adäquates „Zusammenspiel“ bewährter Formen repräsentativer Demokratie und erweiternder Formen direkter demokratischer Beteiligung einzelner Bürger selbst erst systematisch diskutiert, praktisch erprobt und dann allmählich institutionell etabliert werden müssen. Die neuen I-K-Technologien schaffen hier fraglos neue Möglichkeiten, die die Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ gezeigt haben (s. auch zuletzt S. Lobo 2011).

Bleibt schließlich die Frage: **Wie lassen sich entsprechende Prozesse so organisieren, dass dabei die innovativen Potentiale in Wirtschaft und Gesellschaft zur Geltung kommen können?** Eine generelle Antwort auf diese Frage ist so einfach wie wichtig. Sie verhilft allerdings noch keineswegs zu den in den jeweiligen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft besonders leistungsfähigen konkreten Modellen. Eine Gesellschaft, die diese wirklich entwickeln will, müsste sich schon selbst die erforderlichen Spielräume und Ressourcen zu deren praktischer Erprobung und Entwicklung einräumen – und das setzt voraus, dass sie den derzeitigen Steuerungsme-

---

<sup>6</sup> Die zu Stuttgart 21 auf Vorschlag und unter Moderation von H. Geißler durchgeführten öffentlichen, im Fernsehen übertragenen Anhörungen kann man als eine Variante des Konzepts der Planungszellen ansehen – im konkreten Fall zum einen mit der Schwäche, dass das Verfahren erst angewandt wurde, nachdem ein Mangel wirksamer bzw. ernsthafter öffentlicher Beteiligung offenkundig zu einer kritischen Situation geführt hatte, zum anderen mit dem Vorteil der Herstellung einer nunmehr beachtlichen Öffentlichkeit.

chanismus einer radikalen Shareholder-Value-Orientierung außer Kraft setzen müsste, was wiederum – wie oben ausgeführt - nicht heißt, dass Märkte und Marktpreise als Steuerungsinstrumente und –größen hinfällig würden. An dieser Stelle geht es also lediglich um die einfacheren generellen Fragen. Die Erörterung, praktische Erprobung und schließlich institutionelle Befestigung von systematisch erweiterten demokratischen Beteiligungsrechten der einzelnen Vielen sowie die Ergänzung von Repräsentativen Strukturen – insbesondere im Hinblick auf die Sphäre der Wirtschaft -, erfordern, wie alle sozialen Prozesse, die Zur-Verfügung-Stellung von personellen, sachlichen und zeitlichen Ressourcen. Wenn man also Demokratie als den Prozess der jeweils hinreichenden Klärung von Voraussetzungen und möglichen Folgen vieler wirklicher Alternativen begreift, der sich grundlegend von einem Prozess der Durchsetzung angeblich angesichts jeweiliger Zwänge alternativloser Entscheidungen unterscheidet - zu denen man allenfalls noch das Urteil von Experten benötigt, wobei unterschlagen wird, dass eigentlich immer auch die Gegenexpertisen wohlfeil sind -, dann heißt das, dass man zum einen entsprechende Ressourcen bereit stellen muss. Hier verknüpfen sich mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung realpolitische Ansätze für eine gerechtere Verteilung der notwendigen gesellschaftlichen Arbeit mit utopischen Überschüssen im Hinblick auf die Gestaltung eines guten Lebens im Hinblick auf Möglichkeiten der aktiven politischen Teilhabe Aller. Und hier stellt sich zugleich die Herausforderung, den Raum der Politik als einen öffentlichen gesellschaftlichen Raum der Freiheit und des Streites auch entsprechend auszugestalten. Dabei sollte man wissen, dass man mit dieser Forderung in der besten Tradition des politischen Denkens des Verfassers der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson steht.<sup>7</sup>

## Literatur:

- Abelshausen, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker, Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München Zürich
- Bauman, Z. (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
- Becker, J.; Jentsch, H. (2007): Otto Brenner. Eine Biographie, Göttingen
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Brenner, O. (2007): Ausgewählte Reden 1946-1971. Herausgegeben von Jens Becker und Harald Jentsch, Göttingen

---

<sup>7</sup> Jefferson denkt, folgt man der Analyse von H. Arendt, gewissermaßen kantianisch über eine bestmögliche republikanische Verfassung nach, wenn er der Gefahr begegnen möchte, „dass ein ‚auf Wahl beruhender Despotismus‘ sich als ein ebenso großes und vielleicht ein noch größeres Übel erweisen werde als die Monarchie“, und in diesem Zusammenhang feststellt: „Wenn das Volk je aufhören sollte, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, werden wir alle, Ihr und ich, und der Kongress und die Parlamentsversammlungen, die Richter und Statthalter, wie wir da gehen und stehen, zu reißenden Wölfen werden“ (zitiert nach Arendt 1974,306).

- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167-186
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, R., (2009): Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen, in: Merkur, Nr. 270, Mai 2009
- Demirovic, A. (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme - Perspektiven, Münster
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- DOFAPP-Projektgruppe (2014): Grundlagentheoretisches Szenario zum INQA-Projekt: „Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen“, Dortmund
- Forum Gewerkschaften (2014): Plädoyer für einen Neustart. Betriebliche Mitbestimmung auf dem Prüfstand. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 11/2014
- Freeland, C., (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt am Main
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Giddens, A. (200): Die modern Gesellschaft,. In: Pongs, A. (Hg.) (2000): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?, Band 2, S. 53-77
- Heil, R.; Hetzel, A. (2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hyman, R. (2012): Economic Democracy: An Idea Whose Time has come again? <http://www.social-europe.eu/2011/04/economic-democracy-an-idea-whose-time-has-come-again>
- (2012): Demokratisierung der Wirtschaft. Vortrag auf dem Kurswechsellkongress der IG Metall, Berlin, 5. bis 7. 12. 2012, eigene Mitschrift , [www.kurswechsellkongress.de](http://www.kurswechsellkongress.de)
  - IG Metall (2014): Betiligen und Mitbestimmen. Eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft. Programmheft (und eigene Mitschriften) zum Kongress a, 06. und 06. November in Mannheim
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt am Main
- Lehndorff, S. (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lobo, S. (2011): S.P.O.N. – Die Mensch-Maschine. Bitte mehr Demokratie-Experimente, [www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,druck-768496,00.html](http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,druck-768496,00.html)
- Markovits, A. (1989): Die Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft. Überlegungen zu einer korporatistisch orientierten Gewerkschaftsorganisation, in: IG Metall (Hg.): Solidarität in Freiheit. Internationaler Zukunftskongress 1988,. Köln, S. 376-390
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2012) Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne. Fünf Thesen, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattermagazin, Ausgabe März/April 2012, <http://www.gegenblöende.de>
  - (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung, Münster
  - (2014a): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehrungsprozess“? Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Tomasellos Konzept der geteilten Intentionalität
  - (2014b): Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – zwölf Thesen, in: SPW-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 3/2014, S. 50-58
- Martens, H.; Scholz, D. (2010): Wirtschaftsdemokratie neu denken – Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise, [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)



- Meine, H.; Schumann, M.; Urban, H.-J. (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! , Hamburg
- Neelsen, J. P. (2014): Das Empire schlägt zurück: TTIPversus BRICS, in: >Sozialismus 12/2014, S.2-8
- Oertzen., P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Piketty, T. (2014):Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2005/2006): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de), veröffentlicht in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Sauer, D. (2013): Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg
- Tomasello M. (2011): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Berlin
- Twain, M.; Warner, C. D.; neu herausgegeben von D. Jürgens (2010). Das vergoldete Zeitalter. Eine Geschichte von heute. (Books on Demand)
- Ver.di-AK Wirtschaftsdemokratie (2014): Wirtschaftsdemokratie, Berlin (Manuskript)
- Vester, M. (2009): Die Kräfte eines wirtschaftlichen Pfadwechsels. Neue Arbeitsteilung, Kompetenzrevolution, Emanzipation, in: Widerspruch 57/09, S. 123-136
- Wallach, L.- (2013): Die große Unterwerfung, in: Le Monde diplomatique, Ausgabe vom 08.11. 2013
- Wesche, T. (2014): Demokratie und ihr Eigentum. Von der Marktfreiheit zur Wirtschaftsdemokratie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3, 2014, S. 443-486
- Wiethold, F. (2011): Gedanken zur Wirtschaftsdemokratie – gegen den Strich gebürstet, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe Juli05/06 2011, [www.gegebblende.de](http://www.gegebblende.de)
- WSI-Projektgruppe (1981): Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb, Köln
- Zinn, K. G.(2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76